

Antrag Nr.: 0015/2009/AN  
Antragsteller: GAL-Grüne, BL,  
B'90/Grüne, gen.hd, HD'er, SPD  
Antragsdatum: 05.02.2009

Stadt Heidelberg  
Dezernat IV, Bürgeramt

**"Save-me" - Für eine Aufnahme von  
Flüchtligen in der Stadt Heidelberg**

**Antrag**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	19.03.2009	Ö		
Ausländerrat/Migrationsrat	23.04.2009	Ö		
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	05.05.2009	Ö		
Sozialausschuss	14.05.2009	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2009	Ö		
Gemeinderat	02.07.2009	Ö		

**Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1**

Antrag aus der Mitte des Gemeinderates der Stadt Heidelberg

VwOB-Referat			
SD			
04. NOV. 2008			
BT	GR	NS	PROB

An  
Oberbürgermeister  
der Stadt Heidelberg  
Herrn Dr. Eckart Würzner

Heidelberg, 28.10.2008

**ANTRAG**

**„Save-me“ – Für eine Aufnahme von Flüchtlingen in Stadt Heidelberg**

Der Gemeinderat beschließt:

1. Die Stadt Heidelberg erklärt ihre Bereitschaft, bis zu 130 Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlementprogramms der Bundesregierung dauerhaft aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.
2. Die Stadt Heidelberg fordert die Bundesregierung auf, ein kontinuierliches Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) einzurichten.

Begründung:

Millionen schutzbedürftige Flüchtlinge weltweit befinden heute sich in einer ausgewogenen Lage. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die – selbst meist armen und strukturell überforderten – Erstzuflüchtländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen UNHCR ist von den Vereinten Nationen beauftragt, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Eine solche Lösung ist unter anderem die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in einem aufnahmebereiten Staat („Resettlement“ oder „Neuansiedlung“). Eine ganze Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis, vor allem die USA (mit 41.300 Flüchtlingen im Jahr 2006). Auch europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit.

Vor dem Hintergrund der Situation der Flüchtlinge auf der Welt hält UNHCR eine Ausweitung der verfügbaren Neuansiedlungskapazitäten für dringend erforderlich und versucht, auch Deutschland zu einem Resettlementprogramm zu bewegen und unterstützt die Aktion „Save-me“. Eine Ausweitung der Neuansiedlungspolitik wird auch von den europäischen Institutionen, namentlich dem Europäischen Rat und dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt. In der Öffentlichkeit wurden 30.000 Neuansiedlungsplätze für Flüchtlinge in Deutschland jährlich gefordert.

Wir wollen uns als Kommune ausdrücklich dazu bekennen, Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und unseren Teil dazu beizutragen, dass Schutzbedürftige, die sich in ausgewogenen Situationen befinden, eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten. Platz genug ist da: Die Flüchtlingszahlen sind in Deutschland so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr. In Zeiten durchgreifender Abschottung an den Grenzen Europas und bei weltweit konstant hohen Flüchtlingszahlen muss Deutschland wieder seinen Teil der Verantwortung übernehmen. Durch den obigen Beschluss will unsere ihren Teil zu einer verantwortungsvollen und menschlichen Flüchtlingspolitik beitragen.

**gez. GAL-Grüne-Fraktion**  
**gez. Dr. Arnulf K. Weiler-Lorentz, BL**  
**gez. B'90/Grüne-Fraktion**  
**gez. Derek Cofie-Nunoo, gen.hd**  
**gez. HD'er-Fraktion**  
**gez. Dr. Anke Schuster, SPD**